

Argumentarium für die Resolution

- Die aargauische Bevölkerung hat den Teil der Leistungsanalyse, zu dem sie sich äussern konnte, deutlich abgelehnt und damit auch zum Ausdruck gebracht, dass sie den Abbau der staatlichen Leistungen vor allem im Bildungsbereich ablehnt.
- In den vergangenen Jahren wurden in verschiedenen Steuersenkungsrunden die Steuern der natürlichen und der juristischen Personen mehrmals gesenkt. Zusätzlich wurde der kantonale Steuerfuss von 99% auf 94% reduziert, so dass sich der Kanton Aargau in Bezug auf die Steuerbelastung in der Spitzengruppe der Kantone befindet. Damit wurde die Chance verpasst, in konjunkturell guten Zeiten genügend Reserven für schwierigere Zeiten anzulegen. Die damit erwarteten Anreize für Neugründungen von Firmen und somit erhöhten Einnahmen bei den Steuern scheinen sich nicht zu bewahrheiten oder einzustellen.
- Die regelmässig wiederholte Behauptung der Regierung, dass der Bildungsbereich einer dynamischen Ausgabenentwicklung unterliege, wird durch die Zahlen des AFP 2015-2018 klar widerlegt. Die Ausgaben aller Aufgabenbereiche der Bildung wachsen im Zeitraum von 4 Jahren um 2.4%, diejenigen der Volksschule sinken sogar um 2.8%.
- Da das Gesetz nirgends vorschreibt, dass das Budget jährlich ausgeglichen sein muss, ist von einem massvollen Budgetdefizit für das Jahr 2016 auszugehen. Zumal in den vergangenen fünfzehn Jahren mehrheitlich eine grosse Diskrepanz zwischen Budget und Rechnung zu verzeichnen war. Ein Blick auf die umliegenden Kantone zeigt auch, dass dies ohne weiteres ein gangbarer Weg ist.
- Um die Löhne der Lehrpersonen dekretskonform entwickeln zu können, wären rund 1,2 Prozent der Lohnsumme pro Jahr notwendig. Dies könnte mit dem Mutationsgewinn abgedeckt werden, ohne effektive Lohnsummenerhöhung. Die Lohnerhöhungen haben jedoch schon in den letzten Jahren nicht ausgereicht, um die Lohnkurve konstant zu halten. Insbesondere nach einigen Dienstjahren verdient eine Lehrperson im Kanton Aargau deutlich weniger (bis zu 25'000.-/Jahr) als in den umliegenden Kantonen. Dies erschwert das Finden von qualifizierten Lehrpersonen zusätzlich markant.
- Dieser Mangel an qualifizierten Lehrpersonen erschwert die Qualitätssicherung an den Schulen zunehmend und gefährdet die Unterrichtsqualität. Der Umfang und die Qualität der staatlichen Aufgabenerfüllung und der schulischen Angebote sind eng mit ausreichenden personellen Ressourcen verbunden.
- Bereits im AFP 2015- 2018 war vorgesehen, den Stellenplan der Lehrpersonen von 2014 bis 2018 von 7420 auf 7160 Stellen zu reduzieren, also kann in keiner Weise von einer Dämpfung des Wachstums die Rede sein.
- Der Abbau von über 200 Pensen würde ein Vielfaches dieser Zahl von Personen im Bildungsbereich direkt betreffen. Nach dem Abbau in den letzten beiden Jahren wird diese Absicht weiter zur Unruhe, zur Verunsicherung bezüglich der Pensen und zur Unzufriedenheit an den Schulen beitragen. Dies sind Aspekte, die heute schon ein erschreckendes Ausmass angenommen haben und der Akquirierung junger Menschen (insbesondere Männer) für den Lehrberuf zuwiderlaufen.